



Für ein soziales Niedersachsen.

Von Pia Zimmermann,
Mitglied im Deutschen Bundestag.

www.pia-zimmermann.de

DIE LINKE.



Liebe Leserinnen und Leser,

als Bundestagsabgeordnete bin ich viel in Niedersachsen unterwegs. Ich spreche mit den Menschen über ihre Probleme und Sorgen und ich höre oft die Worte Enttäuschung, Unsicherheit und Ungerechtigkeit. Viele berichten mir, dass sie hart arbeiten, der Stress zunimmt und gleichzeitig vom Lohn am Monatsende immer weniger übrig bleibt. Andere, das ihnen die Jobagentur nur noch Billigjobs anbietet, mit dem die Altersarmut vorprogrammiert ist. Wieder

andere können es nicht verstehen, dass immer mehr Krankenhäuser in unserem Land privatisiert werden, obwohl sie erlebt haben, dass sich dadurch die Versorgung bei ihnen vor Ort seitdem rapide verschlechtert hat. Ich höre von unaufhörlich steigenden Mieten in Städten und von der Ausdünnung des Nahverkehrs auf dem Land. Das muss sich endlich ändern!

Ich möchte Sie ermuntern, werden Sie aktiv gegen diese Missstände, nehmen Sie



teil an der Offensive für ein tolerantes, gerechtes, soziales und solidarisches Niedersachsen. Lassen Sie uns gemeinsam den Parteien, die in den letzten Jahren an der Regierung waren – in Berlin oder in Niedersachsen – und oft das Gegenteil von dem gemacht haben was sie versprochen, die rote Karte zeigen.

Ein Politikwechsel ist möglich, weg von der Politik für Millionäre, Banken und Wirtschaftseliten hin zu einer gerechten Politik

für alle in Niedersachsen. Dafür steht meine Partei und dafür kämpfe ich aus voller Überzeugung!

Mit dieser Broschüre will ich auf einige wichtige Probleme in Niedersachsen aufmerksam machen. Und ich will Sie einladen, mit der LINKEN für Veränderungen einzutreten, in den Landkreisen, Städten und landesweit!

*Herzlich.
Ihre Pia Zimmermann.*

Wohnen ist Menschenrecht: Bezahlbare Mieten statt steigender Rendite!

Artikel 6a der niedersächsischen Verfassung verpflichtet den Staat, die Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Aber die Wirklichkeit entfernt sich immer weiter von diesem Verfassungsgebot: Wohnen wird immer teurer, eine passende Wohnung zu finden immer schwerer. Union, SPD, Grüne und FDP haben mit ihrer Kaputtsparpolitik dafür gesorgt, dass sich Bund, Länder und Kommunen systematisch aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen haben. Sie haben den Wohnraumangel in zahlreichen Städten viel zu lange ignoriert, genauso wie den starken Zuzug in die Ballungsräume.

Heute bezahlen viele Menschen diesen sozialpolitischen Skandal mit wuchernden Mieten, harter Konkurrenz bei der Wohnungssuche und mit Verdrängung aus ihrem Stadtteil. Vor allem Familien, unsicher Beschäftigte und Erwerbslose sind betroffen. Arbeiterstadtteile wie Hannover-Linden werden systematisch verteuert.

Vom Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau und der Privatisierungspolitik profitiert vor allem die Immobilienwirtschaft mit exorbitanten Profitraten. Inzwischen hat es der erste Wohnungskonzern in den DAX und damit in die erste Börsenliga geschafft, während die von Union und SPD groß angekündigte „Mietpreisbremse“ schon nach wenigen Monaten als zahnloser Tiger entlarvt wurde.

Niedersächsische Städte wie Wolfsburg, Göttingen, Oldenburg, Braunschweig und Hannover liegen bei den Mietpreissteigerungen bundesweit im vorderen Bereich. Aber nicht nur Groß- und Hochschulstädte sind betroffen. Auch in wirtschaftlich starken Regionen wie dem Emsland oder dem Wolfsburger Umland mangelt es an bezahlbarem Wohnraum. Und was macht die Politik? Die SPD/Grüne-Landesregierung hat kürzlich angekündigt, den Neubau von 5.000 Wohnungen zu fördern. Das reicht vorne und hinten nicht. Allein für die Re-



gion Hannover wird der zusätzliche Bedarf bis 2030 auf 6.000 Wohnungen pro Jahr geschätzt, um Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht zu bringen. Hierbei ist entscheidend, dass bezahlbarer Wohnraum entsteht – teure Eigentumswohnungen sind keine Lösung. Unser Fazit: Die rot-grüne Wohnungspolitik verstößt gegen das Gebot der Landesverfassung.

DIE LINKE ist die Partei der Mieterinnen und Mieter. Wir wollen bezahlbare Mieten statt steigender Rendite. Das gelingt durch intensiven sozialen Wohnungsbau, den Ausbau der Wohnraumförderung und zusätzliche Wohnheime für Studierende und Auszubildende. Energetische Wohnraumsanierung darf nicht weiter über Mieterhöhungen fi-

” Ein staatliches Wohnungsbauprogramm würde sich teilweise selbst finanzieren [...].

nanziert werden. Wir fordern eine echte Mietpreisbremse mit Mietobergrenzen. Ein staatliches Wohnungsbauprogramm würde sich teilweise selbst finanzieren, weil sinkende Mieten auch zu geringerem Wohngeld und zu geringeren Kosten der Unterkunft bei Hartz IV führen. Unser Ziel ist ein Niedersachsen, in dem für alle Menschen angemessener Wohnraum zur Verfügung steht. Deshalb fordern wir: Miete und Energie, bezahlbar für alle!

Politik für Kleinsparer:

Gebührenfreie Guthabenkonten bei unseren Sparkassen

Die Sparkassen wurden einst gegründet als kommunale Geldinstitute für die ‚kleinen Leute‘, für Arbeiter, Angestellte, Handwerker und Kleinunternehmer. Von dieser Ausrichtung ist heute nicht mehr viel zu spüren. Trotz konstant hoher Gewinne ziehen sich die Sparkassen aus der Fläche zurück, dünnen ihr Filialnetz aus und erhöhen die Kontoführungsgebühren für Kleinsparer – insbesondere für die mit geringem Einkommen. Doch eine öffentlich-rechtliche Sparkasse, die sich verhält wie Deutsche Bank und Co. braucht keiner. Deshalb ist die Politik gefragt!

DIE LINKE will erreichen, dass die Kommunen ihre demokratischen Einflussmöglichkeiten bei den Sparkassen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und Kundinnen und Kunden nutzen. So verlangt das niedersächsische Sparkassengesetz, dass die Sparkassen „alle Bevölkerungskreise“ mit geldwirtschaftlichen Leistungen versorgen.

Daher ist es nicht zu akzeptieren, dass die Landesregierung und die etablierten Parteien in den Verwaltungsräten tatenlos zusehen, wie sich die Sparkassen ihrer sozialen Verpflichtung entziehen. Ein besonders dreistes Beispiel ist die Braunschweigische Landessparkasse. Die Nord-LB-Tochter hat ihren Gewinn im Jahr 2015 um 1,4 Millionen auf 32,7 Millionen Euro gesteigert. Gleichzeitig kündigt sie eine drastische Gebührenerhöhung für die 240.000 Girokonten an. Kunden mit einem Einkommen unter 1.500 Euro sollen sogar eine zusätzliche Strafbühne zahlen.

DIE LINKE will diese Entwicklung stoppen. Wir wollen Sparkassen für alle. Schluss mit dem Rückzug aus der Fläche, Schluss mit Strafbühnen für ärmere Bevölkerungsgruppen. Unser Ziel ist es, kostenfreie Guthabenkonten bei unseren Sparkassen durchzusetzen.



Kinderarmut in Niedersachsen: 162.637 mal zu viel - Gegensteuern jetzt!

Kinder aus ärmeren Familien haben schlechtere Bildungs- und Entwicklungschancen als die Kinder reicher Eltern. Unzählige wissenschaftliche Studien belegen das immer wieder und die meisten Menschen haben schon davon gehört – doch die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander.

Seit der Einführung von Hartz IV ist die Armut von Kindern und Jugendlichen auf Rekordniveau angestiegen. Allein in Niedersachsen sind 162.637 Kinder unter 15 Jahren von Armut durch Hartz-IV betroffen. Ihre Zahl ist damit höher als die Einwohnerzahl der drittgrößten Stadt Niedersachsens. Nach Angaben des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe ist fast jeder sechste junge Mensch in Niedersachsen betroffen (15,5%). Be-

sonders dramatisch sind die Zahlen der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen in Wilhelmshaven (33,3%), Delmenhorst (31,5%), Salzgitter (24,9%) und Osnabrück-Stadt (24,4%). Darin sind die Kinder aus den über 80.000 sogenannten Aufstocker-Familien noch gar nicht eingerechnet, die durch prekäre Jobs und Niedriglöhne kaum über die Runden kommen. Alle diese Zahlen sind eine Schande in diesem reichen Land.

Die Politiker von Union, SPD, Grünen, FDP und AfD finden steigende Kinderarmut „bedrückend“, aber sie machen nichts dagegen. Sie verträsten auf den Sankt Nimmerleinstag und setzen darauf, dass sich die Betroffenen abfinden anstatt sich zu wehren. Doch nicht mit uns! DIE LINKE ist auch aus dem Widerstand gegen den So-



zialabbau entstanden und unterstützt den Kampf gegen Armut vor Ort, im Land und in den Parlamenten.

Armut kann nur mit einer anderen Arbeits-, Sozial- und Bildungspolitik bekämpft werden. Schluss mit der Ausgrenzung. Es braucht eine echte soziale Grundsicherung statt Hartz IV, handlungsfähige Kommunen statt Kaputtsparpolitik, höhere Mindestlöh-

ne und öffentlich geförderte Beschäftigung statt Leiharbeit, gut ausgestattete Integrierte Gesamtschulen statt Schulen, die aussortieren. Dafür steht nur DIE LINKE!

” **Armut kann nur mit einer anderen Arbeits-, Sozial-, und Bildungspolitik bekämpft werden.**

Auch bei Volkswagen: **Die Beschäftigten stärken, Konzerneliten zur Kasse bitten, klimagerechte Mobilität fordern.**

Der Volkswagen-Konzern ist Niedersachsens größtes Unternehmen. Über 100.000 Menschen sind dort beschäftigt, über die Zulieferer hängen sogar 30 Prozent aller Industriearbeitsplätze in Niedersachsen an der Automobilwirtschaft. Vor diesem Hintergrund ist erschreckend, wie verantwortungslos die VW-Kapitaleigner Piëch, Porsche und Katar in den letzten Jahren schamlos Milliarden an Dividenden aus dem Konzern gezogen haben, während die Umweltschutzziele wegfrisirt wurden. Der Abgasbetrug bringt VW in seine finanziell größte Krise – und wieder einmal sollen die Beschäftigten die Zeche für die Gier des Managements zahlen. Viele sorgen sich um ihre Arbeitsplätze. Über 2.000 Leiharbeiter haben ihre Jobs in Hannover, Emden und Zwickau bereits verloren. Dagegen gönnen

sich die Vorstände, die den größten Bilanzverlust zu verantworten haben, weiter Bonuszahlungen. Das alles ist inakzeptabel. DIE LINKE will Beschäftigung und Mitbestimmung stärken, die Kosten der Krise von den Kapitaleignern und Konzerneliten zahlen lassen und die VW-Zukunft mit klimagerechter Mobilität langfristig sichern. Zur Lösung der VW-Krise ist das Land Niedersachsen, das bis heute 20% der Anteile am Gesamtkonzern und damit Einfluss und eine Vetoposition innehat, gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsräten in einer Schlüsselrolle. Im Konflikt um die Zukunft von VW muss die Landesregierung das Wohl der Beschäftigten und der Allgemeinheit durchsetzen anstatt den milliardenschweren Kapitaleignern zu assistieren. Diese Schlussfolgerungen sind für uns auch



ein Gebot der Geschichte. Die Mittel zum Aufbau des Volkswagenwerkes stammten aus dem von den Nazis enteigneten Gewerkschaftsvermögen. Nach dem Krieg wurde mit dem Ziel eines „demokratisch kontrollierten Industriebetriebs“ eine starke Stellung der Beschäftigten, des Betriebsrats, der Mitbestimmung und der öffentlichen Hand geschaffen. Diese Errungenschaften werden von der Kapitaleseite seit Jahrzehnten angegriffen. Ihre Ausrichtung auf die Befriedigung kurzfristiger Renditeziele steht aber immer stärker im Widerspruch zum Interesse der Beschäftigten und der Bürgerinnen und Bürger an langfristiger Ar-

beitsplatzsicherheit und technischen Innovationen für den Klima- und Umweltschutz. Der Konflikt ist grundsätzlich: Klima- und Umweltstandards machen die Autos teurer, genauso wie gute Arbeit und Löhne für die Beschäftigten. Die privaten Kapitaleigentümer und der Konzernvorstand wollen aber möglichst viele Autos möglichst billig verkaufen – deshalb sollen Umweltstandards und Beschäftigteninteressen leiden. DIE LINKE ergreift in diesem Konflikt Partei für die Beschäftigten und das Klima, nicht für Renditeinteressen. Das sollte auch die Politik der Landesregierung sein.

Flächendeckend: Gute Gesundheit für alle und menschenwürdige Pflege


Seit langem werden in Niedersachsen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen privatisiert. Das Ergebnis ist fatal: Eine flächendeckende, wohnortsnahe Gesundheitsversorgung – stationär wie ambulant – kann in vielen Regionen unseres Landes nicht mehr gewährleistet werden. Lange Wartezeiten und eine schlechtere Versorgung sind immer öfter die Regel. Und das alles hat damit zu tun, dass Gesundheit zur Ware geworden ist. Was sich nicht rechnet wird weggekürzt – zu Lasten der Patientinnen und Patienten und zu Lasten des Pflegepersonals.

Damit muss Schluss sein! DIE LINKE stellt sich dieser Entwicklung entgegen. Die gesundheitliche Versorgung von Menschen muss sich nach dem tatsächlichen Bedarf ausrichten und wohnortnah sein. Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen! Deshalb muss die Politik endlich handeln

und die Notbremse ziehen, auch auf der kommunalen Ebene.

Kommunen brauchen starke Pflegeeinrichtungen!

Pflegebedürftige und deren Angehörigen wissen schon lange, dass versucht wird, die Pflege immer weiter in den privaten Bereich abzuschieben, mit schlimmen Konsequenzen. Wer heute seine Angehörigen pflegt, droht schnell in die Armut abzurutschen, ist überlastet und wird nicht selten auch selbst krank. DIE LINKE will alle Möglichkeiten nutzen, um auf kommunaler Ebene zum Ausbau guter Pflegeangebote beizutragen. Dafür muss endlich wieder in die öffentliche Infrastruktur investiert werden und das geht nur, wenn wir durch eine steuerliche Umverteilung die Kommunen finanziell stärken. Nur eine solidarische Pflegeversicherung



**Mehr Personal für
Bildung, Pflege
und Gesundheit.**

DIE LINKE

und mehr Steuergerechtigkeit schaffen die nötigen Gestaltungsspielräume für ein würdevolles Altern, eine bedarfsgerechte Pflege und die Teilhabe aller Menschen am Leben in der Gemeinschaft. Wir sagen: Die finanzielle Belastung der Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Angehörigen muss beendet werden. Wir brauchen gute Pflegeeinrichtungen in kommunaler Trägerschaft und zwar schnell und für alle Pflegebedürftigen! Dazu gehören die bezahlbare Tages- und Kurzzeitpflege sowie ein dichtes

Netz an Pflegeberatungsstellen. Statt den VW-Managern immer mehr Geld in die Taschen zu stopfen, müssen wir die sozialen Berufe endlich gerecht entlohnen!

Wir brauchen außerdem ein neues Pflegeverständnis in unserem Land. Das Pflegepersonal braucht Zeit, um sich um die Pflegenden gut kümmern zu können. Es geht um die Würde der pflegebedürftigen Menschen, Zuwendung und Integration. Gute Pflege setzt daher gute Arbeitsbedingungen in allen Einrichtungen voraus.

Umverteilen von oben nach unten : Investieren für eine gute Zukunft in Niedersachsen.

Umverteilen von oben nach unten: Investieren für eine gute Zukunft in Niedersachsen! Jahrelang wurde viel zu wenig in die öffentliche Infrastruktur und in die Zukunft unseres Landes investiert. Egal ob Verkehr, schulische und frühkindliche Bildung, Wohnungsbau oder Sportanlagen, überall besteht Investitionsstau, sind die öffentlichen Einrichtungen vernachlässigt worden oder befinden sich in einem beklagenswerten Zustand.

Es reicht mit dem kaputtsparen! Wir fordern von der rot-grünen Landesregierung daher ein umfassendes Investitionsprogramm für Niedersachsen! Und die Zeit dafür ist günstig: Steuermehreinnahmen und niedrige Zinsen ermöglichen es, wichtige soziale und öffentliche Dienstleistungen zu erhalten und zu stärken! Mit den von der LINKEN geforderten Erhöhungen bei den Vermögens-, Erbschafts- und Unterneh-

menssteuern wäre sogar noch mehr drin. Bundesweit könnte der Staat damit ca. 3,5 Milliarden Euro mehr einnehmen, Geld, das gerade für die Entlastung der Kommunen dringend gebraucht wird. Wir leben in einem reichen Land, nur dieser Reichtum konzentriert sich bei wenigen, die Allgemeinheit geht oft leer aus. In der Finanz- und Haushaltspolitik muss deshalb radikal umgesteuert werden!

Was aber macht die niedersächsische SPD? Das von ihr geführte Finanzministerium feiert die Schuldenbremse und das Erreichen der schwarzen Null. Diese Null schafft null Perspektive für Niedersachsen. Sie ist ein großer Klotz am Bein dieser Landesregierung und verhindert dringend notwendige Investitionen in Krankenhäuser, sozialen Wohnungsbau, Kitas, Schulen und Straßen. Wenn SPD und GRÜNE jetzt nicht die Kurve bekommen und nach jahrelangem



Personalabbau und Investitionsstau eine Kehrtwende einläuten, wird der Zerfall maroder öffentlicher Infrastruktur weiter voranschreiten.

Klamme Kassen in der Kommune: DIE LINKE fordert eine Gemeindefinanzierungssteuer. Das Geld fehlt an allen Ecken und Enden in den öffentlichen Kassen. Vielerorts droht die Schließung von Schwimmbad oder Bibliothek oder ÖPNV bricht zusammen, weil die Kommune kein Geld für den Unterhalt hat. Deshalb wollen wir die Einnahmen stei-

gern und die Gemeindefinanzierungssteuer einführen, sie ersetzt die bisherige Gewerbesteuer. Durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, unter anderem durch die Einbeziehung der Freiberufler und Selbständigen können hohe Mehreinnahmen für die Kommunen herbeigeführt werden und es müssen keine Anteile an Bund oder Land abgeführt werden. Diese originäre Kommunalsteuer ist wichtig für die Kommune, denn sie ermöglicht wieder Investitionen statt Mangelverwaltung.

Schluss mit
Atomkraft
DIE LINKE.



Pia Zimmermann, MdB
Wahlkreisbüro Wolfsburg
Laagbergstraße 55
38440 Wolfsburg
Telefon 05361 3070274

Pia Zimmermann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 22773709

V.i.S.d.P.: Pia Zimmermann